

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/96

Bonn, den 20. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Schwächlich und kraftlos	34

Nach acht Monaten zweiter Regierung Erhard

2	Ein guter Auftakt	38
---	-------------------	----

Zur Gründungsversammlung der Deutsch - Israelischen Gesellschaft

Von Günter Grossmann

3 - 4	Geborgenheit im Alter	111
-------	-----------------------	-----

"Hessischer Sozialplan für alte Menschen" -
angewandte Sozialpolitik

Von Rudi Aheßer

5	Empörung an der falschen Stelle	34
---	---------------------------------	----

Der Kanzler kennt seine eigenen Reden nicht

6	Gutes Zeugnis internationaler Solidarität	54
---	---	----

Zwei Kongresse:

Lateinamerika im Brennpunkt europäischer Aufmerksamkeit

Schwächlich und kraftlos

Nach acht Monaten zweiter Regierung Erhard

sp - Der Eindruck hat sich während der zweiten Lesung des Bundeshaushalts 1966 verstärkt: die größte Schwäche der zweiten Regierung Erhard liegt auf dem Gebiet der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Hier läßt sie eine tatkräftige Führung vermissen. Die schleichende Geldentwertung geht weiter, die Preise steigen. Die Sorgen der Sparrer nehmen zu. Das Gutachten der Sachverständigen hat Erhard vom Tisch hinweggefegt, er hält nichts davon; damit wurde, wie es ein CDU-Mitglied der Sachverständigenkommission, Professor Binder, dem Kabinett bescheinigte, eine Schlacht im Kampf gegen die Geldentwertung verloren. Statt dessen beschränkt sich der Bundeskanzler auf Maßhalteappelle; sie bleiben wirkungslos. Kein noch so guter Appel an die Bürger kann eine zielbewußte Führung ersetzen, auch nicht die Verschiebung von Verantwortlichkeiten.

Die zweite Regierung Erhard befindet sich seit acht Monaten im Amt. All die großen Ankündigungen in der Regierungserklärung blieben im Ansatz stecken. Was ist aus dem vielgepriesenen Gemeinschaftswerk geworden? Es hat sich im Dunkel der Abenddämmerung verloren. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch eine finanzielle Besserstellung der Gemeinden hängt in der Luft, die Bodenspekulation wächst sich immer mehr zu einem sozialen Erzübel aus, der Rückgang des sozialen Wohnungsbaues verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt und in der Energiepolitik gibt es so gut wie gar keine Konzeption. Die Regierungserklärung versprach, der politischen Bedeutung und der wirtschaftlichen Situation des Zonenrandgebiets Rechnung zu tragen - aber die Stilllegungspläne der Bundesbahn nahmen darauf keine Rücksicht. Die Regierung wollte im Bereich der Sozialinvestitionen Prioritäten, Rangfolgen und Schwerpunkte festsetzen. Auch hier blieb es nur beim Wort. Und was die Preissteigerungen anbelangt: als Antwort auf das Gutachten der Sachverständigen hatte die von Erhard geführte Regierung sich vorgenommen, die Steigerungsrate in diesem Jahr unter zwei Prozent zu halten, der Verbraucher hat es jedoch mit Steigerungen von vier und noch mehr Prozent zu tun und kein Ende ist abzusehen.

Statt zu führen läßt diese Regierung sich treiben. Den Mangel an Führungskraft bekommen wir alle zu spüren.

Ein guter Auftakt

Zur Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Von Günter Grossmann

Da war die Jugend und da waren die älteren Menschen, die in dunkelster Zeit, im persönlichen Leiden wider alle Hoffnung zu hoffen gewagt hatten. Für diesen Tag hatten sie sich eingesetzt. Der Tag aber steht nicht als strahlender Schlusspunkt hinter einem siegreichen Kampf, sondern am Anfang eines langen Weges, über den noch lange die Schatten der Vergangenheit liegen werden. Nur sehr langsam können die Schatten schwächer wirken und dem vollen Licht die Bahn freigeben.

Alle, die am Nachmittag des Himmelfahrtstages 1966 in die Akademie der Künste im Berliner Hansviertel zur öffentlichen Gründungsversammlung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) gekommen waren, waren sich der Schwere des Anfanges bewusst, aber auch der Schönheit der selbstgestellten Aufgabe. Und es wurde ein guter Auftakt. Dieses Gefühl gab der Botschafter Israels in Deutschland, Asher Ben-Nathan, in seinem Grusswort Ausdruck, als er betonte, dass er sich hier unter guten Freunden befinde. Diesen Eindruck konnte der Präsident der neugegründeten Gesellschaft, der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Gerhard Jahn, bestätigen, als er Dr. Adolf Arndt für die Worte dankte, die am Anfang der Arbeit der DIG stehen konnten.

Der packende Vortrag, mit dem Adolf Arndt die schicksalhafte Entwicklung analysiert und ihren Sinn für Gegenwart und Zukunft gedeutet hatte, musste jeden, der dabei sein durfte, bis ins Innerste ergreifen: die wohlthuende klare wissenschaftliche Betrachtungsart eines Menschen, der dadurch zur vollen Grösse des Menschentums durchgedrungen und gereift war, dass er im Chaos um den Sinn der Menschheitsgeschichte gerungen und nie aufgehört hat, zu fragen, wo das Ziel alles Lebens und Strebens liegt. Von diesen Worten, die die Deutsch-Israelische Gesellschaft in geeigneter Form der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen wird, werden starke Impulse ausgehen, denen sich vor allem die Jugend nicht wird entziehen können.

Das ist denn auch die besondere Aufgabe der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, die mit der Zielsetzung anderer Gesellschaften zur Förderung des Verständnisses zwischen einzelnen Völkern nur schwer vergleichbar ist. Der moralische Appell, den diese Gesellschaft manifestiert, zielt unmittelbar auf den Kern des Daseins in Volk, Gesellschaft und Staat: der gemeinschaftlich bewerkstelligte Schutz der Menschenwürde, des Wertes, ohne den menschliches Leben seinen Namen nicht verdient. So kann aus einem Abgrund von Schuld und Verirrung die Quelle höherer Einsicht in das Wesen der Dinge und der Aufgabe des Menschen entspringen.

Geborgenheit im Alter

"Hessischer Sozialplan für alte Menschen" - angewandte Sozialpolitik

Von Rudi Abeßer

In Frankfurt-Höchst wurde kürzlich das größte Altenzentrum, das mit Hilfe des "Hessischen Sozialplanes für alte Menschen" gebaut wurde, errichtet. Dieses Altenzentrum ist eines der vielen Vorhaben für die über 65-jährigen im Lande Hessen, die außerhalb der Familie ihren Lebensabend verbringen müssen. Diesen Menschen soll Geborgenheit geboten werden, weil, wie Staatsminister Heinrich Hensath betont hat, die Allgemeinheit die Verpflichtung habe, für sie zu sorgen.

Dank an die Alten

Das Altenproblem ist keineswegs Folge einer vorübergehenden "Überalterung", die sich in einer Generation wieder biologisch "auswächst". Es ist durch die Steigerung der Lebenserwartung und durch die Änderung in dem Zusammenleben der Generationen eine Dauererscheinung der modernen Gesellschaft. Es erfordert deshalb langfristige dauerhafte Lösungen. Eines der schwierigsten Teilprobleme innerhalb des Gesamtkomplexes ist die Vereinsamung und Hilflosigkeit vieler alter Menschen. Aufgabe einer modernen und fortschrittlichen Sozialpolitik muß es daher sein, dafür zu sorgen, daß sich diese Menschen nicht isoliert sondern in der Gemeinschaft geborgen fühlen. Das erklärte Hessens Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn, der in seinem Arbeits- und Sozialminister Heinrich Hensath einen Politiker zur Seite hat, dem gerade dieses Problem ein Herzensanliegen ist.

Die Hessische Landesregierung trägt dieser Entwicklung unserer Gesellschaft mit ihrem Sozialplan für alte Menschen Rechnung. In ihrem Plan sind folgende drei Schwerpunkte festgelegt, die die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Landkreisen und den freien Wohlfahrtsverbänden verwirklichen will: Errichtung einer ausreichenden Zahl von neuen Altenheimen aller drei Typen (Altenwohnheim, Altenheim und Pflgeheim), Modernisierung und Verschönerung bereits bestehender Altenheime sowie Bau von Einrichtungen der "Offenen Altenhilfe".

Zwar ist seit dem Anlaufen des "Hessischen Sozialplans für alte Menschen" (1960) innerhalb von noch nicht einmal fünf Jahren die Zahl der Plätze in Altenheimen um mehr als 9 000 auf über 24 000 erhöht worden, jedoch gibt es noch sehr viele Menschen, die in ein Altenheim aufgenommen werden möchten, für die aber keine Plätze frei sind. Hierzu kommt bis 1974 auch noch das rasche Anwachsen des Bevölkerungsanteils der über 65-jährigen.

Trotzdem wird es 1974 wesentlich günstiger aussehen; denn dann werden auf 1 000 über 65 Jahre alte Menschen 49 Heimplätze kommen, gegenüber 39 im Jahre 1964. Um dieses Ziel zu erreichen, muß jedoch - angesichts der zu erwartenden sehr beträchtlichen Zunahme der Zahl der alten Menschen - die Zahl der Heimplätze sehr stark erhöht werden, und zwar um 14 000. Mit 38 000 wird dann im Jahre 1974 die Zahl der Heimplätze um drei Fünftel höher liegen als 1964.

Moderne Heime

Bei dem Bau der neuen Altenheime wird Wert darauf gelegt, daß eine wohnliche und private Atmosphäre erzielt wird. Auf die verschie-

denen Lebensphasen des alten Menschen sind die drei Altenheintypen abgestellt. Im Altenwohnheim, das neben den Gemeinschaftseinrichtungen (zum Beispiel Lesezimmer) vor allen Dingen abgeschlossene Wohneinheiten enthält, können die alten Menschen selbstständig wirtschaften. Im Altenheim erhalten sie volle Verpflegung und Betreuung, und die Pflegeheime nehmen - wie ihr Name besagt - pflegebedürftige alte Menschen auf. Um den Alten den Übergang von einem Heim zum anderen zu erleichtern wird eine örtliche Zusammenfassung der verschiedenen Heintypen angestrebt. Sofern dies nicht realisierbar ist, sollten die Altenheime eine eigene Pflegestation erhalten.

Damit die bereits bestehenden älteren Heime auch stets den modernen Ansprüchen genügen, sind für sie Modernisierungs- und Verschönerungsmaßnahmen vorgesehen. Dazu gehören auch jene Maßnahmen, die die Arbeit des Pflegepersonals erleichtern werden.

Um den alten Menschen außerhalb der Altenheime zu helfen, werden Vorhaben und Einrichtungen der "Offenen Altenhilfe" gefördert, zum Beispiel Altentagesstätten, Klubheime, Altenerholungsheime und Beratungsstellen. Bis 1974 soll die Zahl dieser Institutionen um 100 erhöht werden.

11.000 Heimplätze gefördert

Schon bald nach Anlaufen des "Hessischen Sozialplans für alte Menschen" im Jahre 1960 war sich Minister Hemsath mit seinen Mitarbeitern darüber im klaren, daß der Ballungsraum zwischen Rhein und Main auch auf den Gebieten der Altenhilfe vor große Aufgaben gestellt ist. Bei den räumlichen Bedingungen war zu erkennen, daß kleine Einrichtungen für unsere alten Menschen nicht ausreichen würden, sondern daß verhältnismäßig große Anlagen zu schaffen sind.

Der Erfolg des "Hessischen Sozialplans für alte Menschen", der anfangs von den hessischen Oppositionsparteien im Landtag infrage gestellt wurde und von dem ein CDU-Abgeordneter sogar erklärte, man fördere damit "den Bau goldener Särge", ist heute unbestreitbar und wird sogar von der Opposition anerkannt. Zahlen beweisen es eindeutig: In den ersten fünf Jahren dieses Sonderprogramms konnten 11.000 neue Plätze in Alten- und Pflegeheimen gefördert werden, von denen bereits über 7.500 fertiggestellt und bezogen sind. Darüber hinaus wurden 60 Altentagesstätten und sieben Altenerholungsheime errichtet. Für alle diese Projekte wurde allein vom Lande Hessen ein Betrag von 128 Millionen DM an verlorenen Zuschüssen beigesteuert. Rechnet man die Eigenleistungen der Träger, also der hessischen Stadt- und Landkreise sowie der freigemeinnützigen Verbände dazu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von 250 Millionen DM, der für den Neubau der Einrichtungen der Altenfürsorge und Altenhilfe aktiviert und mobilisiert werden konnte.

Ferien für alte Menschen

Als erstes Bundesland rief Hessen 1962 ein Altenerholungswerk ins Leben, das Minister Hemsath als eine Krönung aller Bemühungen des Landes um unsere Alten bezeichnete. 23.000 hilf- und erholungsbedürftigen Bürgern Hessens wurden dadurch Ferien ermöglicht: für viele waren es sogar die ersten ihres längen Lebens.

Die Verbundenheit des Landes Hessen mit der zweigeteilten alten Reichshauptstadt Berlin dokumentiert sich auch bei der Altenerholungshilfe: Seit 1960 stellt das Land für alte minderbemittelte Berliner erhebliche Zuschüsse bereit, um diesen dreiwöchigen Erholungsaufenthalte in der nordhessischen Kurgemeinde Willingen zu ermöglichen. Von 1960 bis Ende 1965 waren über 4000 betagte Berliner Gäste der Hessischen Landesregierung, die dafür rund 1,3 Mio. aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt hatte. Auch in diesem Jahr werden wieder fast 1.000 Berliner Gäste in Willingen erwartet, nachdem Hessen hierfür 320.000 DM im Landeshaushalt eingesetzt hat.

Empörung an der falschen Stelle

Der Kanzler kennt seine eigenen Reden nicht

HB-er - Empört hat Bundeskanzler Erhard am Dienstag besonders auf jene Passage in der Rede des Oppositionsführers Fritz Erler reagiert, in der er dem Regierungschef vorhielt, er habe bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse in München hart jede Vorstellung abgelehnt. "als ob es Brücken gäbe von hüben nach drüben." Erler hatte dazu gesagt - unter stürmischem Beifall der SPD-Fraktion "diese Brücke gibt es - millionenfach - zwischen den Deutschen, nicht zum kommunistischen Regime und nicht wegen des kommunistischen Regimes, sondern trotz dieses Regimes", die es zu erhalten, zu bewahren und zu festigen gelte, damit die Nation nicht auseinanderfalle

Der Kanzler glaubte sich zu Unrecht angegriffen, zumindest glaubte er sich gründlich mißverstanden und falsch zitiert. Was er aber übersehen hatte, war dies: Fritz Erler hatte nicht aus irgendwelchen obskuren Quellen zitiert, er hatte auch nichts aus dem Zusammenhang gerissen, sondern nüchtern und sachlich aus des Kanzlers eigenem Sprachrohr vorgelesen, aus dem sogenannten "Bulletin" des Presse- und Informationsamtes. Des Kanzlers Sprachrohr enthält nämlich die Rede, die er am 12. Mai anlässlich der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse in München gehalten hatte.

Auf Seite 503 steht zu lesen:

- * "Doch auch im deutschen Volke wird hin und wieder
- * die Auffassung vertreten, daß vielleicht in der
- * Deutschland-Politik alles mögliche versäumt worden
- * wäre, als ob es Brücken gäbe zwischen hüben und
- * drüben. Da hört man dann sogar den Begriff, bis zu
- * einer Wiedervereinigung könnte es verschiedene Sta-
- * tionen geben."

Des Kanzlers Empörung darüber, wegen dieser nicht nur bedenklichen, sondern in der Sache auch falschen Äußerung in München gestellt worden zu sein, war also völlig fehl am Platze. Der Kanzler, so zeigte es sich, kannte eben seine eigene Rede nicht mehr, oder aber, er wollte daran nicht erinnert werden. ...

Gutes Zeugnis internationaler Solidarität

Zwei Kongresse:

Lateinamerika im Brennpunkt europäischer Aufmerksamkeit

HD-1. - Das europäische Interesse für Lateinamerika ist erfreulich gewachsen - die heute in Europa führenden politischen Kräfte haben erkannt, daß sie auch für eine gedeihliche wirtschaftliche und politische Entwicklung in Lateinamerika mitverantwortlich sind. Dies ist das Fazit, das man aus dem 10. Kongress der Sozialistischen Internationale in Stockholm (5. - 8. Mai) ebenso ziehen kann wie aus der zwischen dem 23. und 27. April in Lima (Peru) veranstalteten 5. Weltkonferenz der Christdemokraten.

Vor allem die Sozialistische Internationale, die in ihren Reihen die Regierungsparteien der wichtigen europäischen Industrienationen Großbritannien und Schweden aufweist, kam den Lateinamerikanern mit einer besonderen Resolution entgegen. Diese Resolution beschränkt sich nicht auf die "hohe Politik", sondern geht auf die Kernprobleme Iberoamerikas ein.

Die anwesenden Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus Venezuela, Peru, Kostarika, Paraguay und Uruguay konnten zufrieden sein. Die Internationale forderte die Industrieländer Europas auf, die Bildung eines ganz Lateinamerika umfassenden Gemeinsamen Marktes zu unterstützen, der die wirtschaftliche Spaltung dieses Subkontinents in die beiden Blöcke SIECA (Mittelamerika) und ALALC (Südamerika und Mexiko) überwinden helfen soll.

Weiterhin bemängelte die Sozialistische Internationale mit Recht, daß die am Schlusse der Einkommensskala marschierende Mehrheit der Lateinamerikaner, die Landerbeiter, von den bisher vorliegenden Entwicklungsplänen ungenügend berücksichtigt worden sind. Die Sozialistische Internationale kann auf den Beifall vieler Lateinamerikaner rechnen, wenn sie diese auffordert, sich "aus den Klauen der großen kapitalistischen Auslandsunternehmen zu befreien". In dieser Hinsicht können gerade die Regierungen Großbritanniens und Schwedens, die ihre Beziehungen zu Lateinamerika in den letzten Jahren verstärkt haben, einen gewichtigen Einfluß ausüben. Auch auf aktuelle Fragen der Entwicklungshilfe fand die Internationale eine Antwort.

Daß die Internationale die kommunistische Infiltration ebenso verurteilt wie gewisse Manöver, den Einfluß der Rechtsradikalen und der Oligarchie zu bewahren, bedarf keiner weiteren Erläuterung - das war eine Selbstverständlichkeit.

Erfreulich ist, daß die Christdemokraten in Lima eine ähnliche Richtung eingeschlagen haben. Nach beim christdemokratischen Weltkongress in Straßburg (1963) waren die westeuropäischen Vertreter mit dem "erhobenen Zeigefinger" schnell zur Hand. Auch sie haben begriffen, daß Lateinamerika nicht mit europäischen Ellen zu messen ist. Die 19 christdemokratischen Parteien Lateinamerikas konnten die Vertreter aus zehn Ländern Westeuropas davon überzeugen, daß "jede Art von ausländischer Einmischung" - in Kuba wie auch in Santo Domingo - vom Übel ist. So forderten die Christdemokraten auch den Abzug der ausländischen Truppen aus der Dominikanischen Republik. In einer Sonder-Entscheidung forderten sie Frankreich auf, die geplanten Wasserstoffbomben-Versuche im Pazifik abzusagen, weil diese die Bevölkerung Lateinamerikas unmittelbar gefährden. Versuchten die Christdemokraten, Leitlinien der internationalen Politik zu definieren, so waren die Sozialdemokraten mit praktischen Vorschlägen zur Hand, die sich vornehmlich für den "kleinen Mann" in Iberoamerika segensreich auswirken können. Das europäische Interesse an der Entwicklung in der westlichen Hemisphäre ist erwacht - ein gutes Zeugnis internationaler Solidarität.